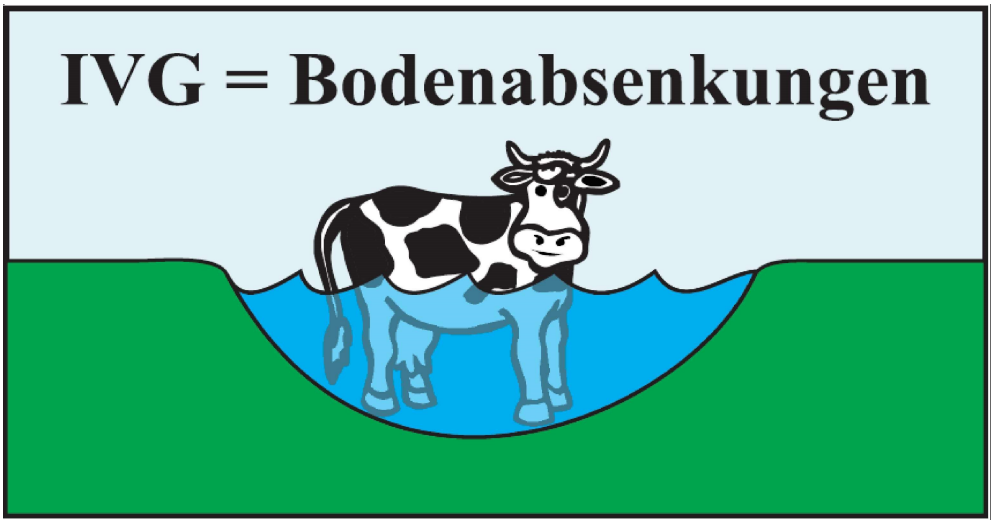
BI Info

September 2016



Vertrauensverlust in Vollendung

von Andreas Rudolph

Wenige Wochen nachdem die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) für Etzel die Bodenabsenkungsprognose vorgestellt hat, ist die Behörde dem Vorwurf der Vorteilsnahme ausgeliefert. Der Rechercheverbund von

Leverkusen im Harlingerland

NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung hatte herausgefunden, dass „verdiente Mitarbeiter" des Geozentrums Hannover, zu dem neben dem BGR auch das Landesamt für Bergbau und Geologie (LBEG) gehört, von einer durch die Rohstoff-, Energie- und Chemieindustrie finanzierten Stiftung mit Geldpreisen belohnt wurden. Neben diesen Förderungen für einzelne Mitarbeiter finanzierte die Stiftung nach den vorliegenden Recherchen des Medienverbundes auch ausgewählte Studien, Tagungen, Empfänge und größere Anschaffungen für das Geozentrum Hannover.

Andreas Rudolph ist Pressesprecher der BI

Ob u.a. die von der BGR erstellte Bodenabsenkungsprognose zu den durch die Wirtschaft geförderten Projekten gehörte und diese Expertise überhaupt noch haltbar ist, soll laut Umweltminister Stefan Wenzel überprüft werden.

Das Ergebnis dieser Prüfung wird zwar mit Spannung erwartet, ist aber, was die Frage nach der Philosophie der betroffenen Behörden und Ämter angeht, eher nachrangig. Bei dieser von den Leitern der betroffenen Behörden geduldeten bzw. gelebten Praxis wird deutlich, wie eng die Verbundenheit zwischen diesen Behörden und denjenigen Unternehmen ist, die auf die postitiven Ergebnisse der von diesen Behörden gegebenen Expertisen angewiesen sind, wobei dann eben diese Expertisen in der Regel wiederum Grundlage von Genehmigungsverfahren gemacht werden. Die Neutralität der im Geozentrum Hannover vereinigten Behörden ist mit der Duldung dieser Praxis vollständig zerstört. Nicht entscheidend dabei ist es, ob evtl. nur einzelne Projekte durch die Hans-Martini-Stiftung „unterstützt" wurden. Die Philosophie eines Hauses, welches solche Verfahren zulässt, ist derart schlecht, dass diesem bei sämtlichen Verfahren eine wirtschaftsnahe Entscheidungspraxis zu unterstellen ist.

Was diesen Skandal aber erst besonderen Auftrieb gibt ist die Tatsache, dass das Gebaren um die Hans-Martini-Stiftung dem zuständigen Bundeswirtschaftsministerium (Sigmar Gabriel, SPD) und somit der Bundesregierung seit langem bekannt ist und geduldet wird. Auch dem

Fortsetzung Seite 2 links oben

So geiht dat nich ...

von Arne Harms

Fehler im System oder ausgeklügelter Fehler? Gutachten dienen als Grundlage für Genehmigungen. Die Gutachter werden jedoch nicht von Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden beauftragt und bezahlt, sondern von den Unternehmen selbst. Wie idealistisch muss ein Gutachter wohl sein, um in sein eigenes Gutachten eine kritische oder gar ablehnende Wertung zu schreiben, was dazu führt, dass er sich zukünftig woanders um einen lukrativen Auftrag bemühen muss?

Auch Behörden selbst erstellen Gutachten für die Unternehmen der Bergbau-, Energie- und Salzindustrie und werden so zum bezahlten Dienstleister und die Unternehmen werden zu „unseren Partnern" wie das Landesbergamt (LBEG) die Konzerne gern bezeichnet. Fehlt es da vielleicht etwas an der erforderlichen Distanz einer Aufsichtsbehörde?

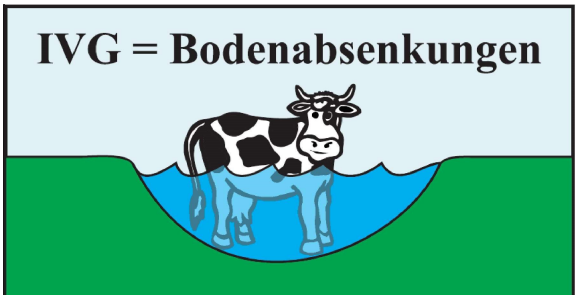
Recherchen des NDR, des WDR und der Süddeutschen Zeitung förderten nun zutage, dass die Hans-Joachim-Martini-Stiftung Studien, Tagungen, Empfänge und größere Anschaffungen der Bundesanstalt für Geologie und Rohstoffe (BGR) finanzierte. Darüber hinaus wurden „verdiente Mitarbeiter" von der Stiftung für ihre Arbeit belohnt. Angesichts der klammen öffentlichen Haushalte wäre es ja ein schöner Zug einer Stiftung, eine Behörde per Extra-Kasse sozusagen gemeinnützig zu unterstützen, wäre da nicht der missliche Umstand, dass besagte Stiftung aus einem von Unternehmen der Rohstoff-, Energie- und Chemie-Industrie gegründeten Fonds hervorgegangen ist. Mit dieser Erkenntnis legt sich ein dunkler Schatten auf das so hehre finanzielle Engagement. Welche Motivation mögen die Konzerne (einige sollen ja gewinnorientiert sein) mit ihrer Hans-Joachim-Martini- Stiftung wohl haben, um eine Behörde mit einer Extra-Kasse zu beglücken? (Die BGR gehört übrigens ebenso wie das LBEG zum

Arne Harms ist der 1. Vorsitzende der BI

Fortsetzung Seite 2 rechts oben

Vertrauensverlust...,Fortsetzung von Seite 1

Niedersächsischen Wirtschaftsministerium dürfte dieses Thema nicht unbekannt sein. Dass weder aus Hannover noch aus Berlin bisher ein Aufschrei der Missbilligung zu hören bzw. zu lesen war zeigt deutlich auf, wie sehr dort die Nähe zur Wirtschaft in der Praxis gelebt wird. Den Vertrauensverlust in die Politik und die Politiker scheint man eher gelassen gegenüberzustehen. Reaktionen werden wir von den Politikern erst am Wahlabend erwarten dürfen, wenn diese, welcher Couleur auch immer, sich fragen, weshalb immer mehr Wähler von den etablierten Parteien Abstand nehmen und sich denen zuwenden, die allzu einfache Lösungen anbieten. Zu groß wird deren Betroffenheit aber nicht sein, da ein gut bezahlter Posten in der Wirtschaft bestimmt schon sicher ist. Sozusagen eine win-win-Situation (nur nicht für den Bürger).



So geiht dat nich..... Fortsetzung von Seite 1

Geozentrum Hannover.) Nun ein kleiner Schwenk in hiesige Gefilde: Für das Kavernenfeld Etzel erstellten „verdiente Mitarbeiter“ der BGR gerade erst eine Senkungsprognose. Kernaussagen sind, dass sich der Boden über den Kavernen in den nächsten einhundert Jahren um maximal 2,48 m absenken werde und dass es nach der Endverwahrung der Kavernen eine Absenkung von höchstens weiteren 2,0 cm auf schließlich 2,50 m geben werde, weil die Senkung mit der Endverwahrung der Kavernen zum Stillstand komme. Unabhängige Fachleute, insbesondere Dr. Ralf Krupp, sehen das jedoch völlig anders. Sie gehen von weitaus höheren Senkungswerten während der nächsten hundert Jahre aus, was zu äußerst gravierenden Folgen für die Nutzung des Landes, für Gebäude und für die gesamte Infrastruktur führen wird; und davon, dass sich die Kavernen nach der Endverwahrung vollständig schließen werden, was zu weiteren erheblichen Bodenabsenkungen führen wird. Was nur mag zu solch unterschiedlichen Ergebnissen geführt haben? Es sinkt nicht nur der Boden sondern zunehmend auch das Vertrauen. Umweltminister Stefan Wenzel hat die Überprüfung sämtlicher BGR-Gutachten gefordert.Was wird wohl Wirtschaftsminister Olaf Lies unternehmen?

Fragen kostet ja (fast) nix (?)

von Doris Stehle

In meiner Jugend hieß es immer: „Fragen kostet nichts“. Mein Engagement in der Bürgerinitiative hat, vor allem in der ersten Zeit, für mich viele Fragen aufgeworfen, auf die ich Antworten suchen musste. Eine dieser Antworten war: Es gibt ein Auskunftsrecht, man kann Fragen z.B. an das Landesbergamt stellen, Unterlagen einsehen und Kopien davon bekommen.

Das haben wir von der Bürgerinitiative auch getan und haben einen Antrag auf Einsichtnahme in das Grubenbild des Etzeler Kavernengebiets gestellt sowie eine Kopie des Rahmenbetriebsplans erbeten. Der erste Termin, den man uns nach Wochen des Wartens und Erinnerns anbot, war ein Montag im Februar und 9.00 Uhr in Clausthal Zellerfeld, dort lägen die Akten. Wir lehnten ab, wir hatten nicht zum ersten Mal den Eindruck, dass man uns gar nicht gern Einblick und Auskunft gewähren wollte. Der zweite Termin wurde dann in Meppen am späten Vormittag einige Wochen später angesetzt. So sind wir nach Meppen gefahren und haben das sogenannte Grubenbild (Karten und Erklärungen zum Etzeler Kavernenfeld) einsehen wollen. Diejenigen von uns, die in dem winzigen Archivraum Platz gefunden hatten, konnten tatsächlich das Material einsehen. Seitens des Landesbergamtes war leider niemand bereit gewesen, die Karten in den großen Besprechungsraum zu tragen - wir hatten uns auch schon gefragt, wer denn die ganzen Akten von Clausthal-Zellerfeld bis nach Meppen geschleppt hatte. Obwohl die Kavernen schon über 40 Jahre bestehen und die Karten beim Landesbergamt hinterlegt werden müssen, gab es unter allen Karten nicht eine einzige, die ein Druckdatum hatte, dass älter als ein halbes Jahr war! Hatte man etwa mit der Verzögerungstaktik Zeit gewinnen wollen, um noch schnell alle fehlenden oder veralteten Karten zu erstellen? Eingesehene Unterlagen waren teilweise geschwärzt und nur zur Einsicht im Beisein des technischen Geschäftsführers der IVG, Herrn Uerlich, ausgehändigt. Eine Liste über alle Sonderbetriebspläne wurde uns zunächst ganz verwehrt, später ausgedruckt, allerdings in so einer kleinen Schrift, dass selbst die jüngsten unter uns nichts lesen konnten. Erst auf massive Intervention bekamen wir die Liste per e-Mail und konnten sie so am PC entsprechend vergrößern.

Doris Stehle ist Kassenwartin der BI

Die BI-Delegation mit Reinhard Wagner, Wolfgang Rudolf, LBEG-Präsident Sikorski, Markscheider Immekus, Dr. Arendt Hindriksen, Doris Stehle und ein weiterer Mitarbeiter des LBEG

Dann stellten wir einen Antrag auf Kopien von Unterlagen zu Sonderbetriebsplänen. Wir haben doch ein Recht darauf, dachten wir. Haben wir auch, aber diesmal schickte das LBEG eine Mail: gerne könnten wir Kopien bekommen, müssten diese aber bezahlen und das könne zwischen 25 und 500 Euro kosten. Wie viel wir bezahlen müssten, könnten sie aber nicht sagen. Das hinge vom Aufwand ab, den sie aber nicht abschätzen könnten. Und dann gab es noch ein Ping-Pong-Spiel. Alle Unterlagen hätte doch auch die IVG, oder wie sie auf ostfriesisch Platt jetzt heißt: Storag Etzel.

Ein Gesprächstermin dort war schnell vereinbart, unsere Wunschliste abgegeben. Wir waren gespannt, was wir diesmal für Antworten bekommen würden auf unsere Fragen, die ja nichts kosten. Die Einsichtnahme bestand dann aus einer Präsentation ausgewählter Unterlagen über Beamer und Leinwand. Nicht alle gewünschten Unterlagen wurden uns vorgelegt bzw. angezeigt, z.B. mit dem Argument, es gäbe sie nicht. Auskunftsbereitschaft gibt es seitens der Storag Etzel nur zu unbedeutenden Einzelheiten. Zusammenhänge von Genehmigungen und Umsetzung in der Praxis bleiben im Nebel. Dafür wies man uns ausdrücklich auf das Hausrecht der IVG auf allen Grundstücken hin, das ggs.auch mit Unterstützung der Polizei umgesetzt werde, falls wir (und alle anderen) die Gelände einschließlich der Vorplätze der IVG ohne Genehmigung betreten würden.

Fazit: Fragen kostet (fast) nichts, führt aber auch nicht immer zu den gewünschten Erkenntnissen. Trotzdem: Wir fragen weiter, das LBEG, die politischen Parteien, Landkreis und Gemeinde.

Nur von der IVG (Storag Etzel) erhoffen wir keinen großen Erkenntnisgewinn mehr für unsere Arbeit.

Impressum: Bürgerinitiative Lebensqualität Horsten-Etzel-Marx, Horster Gierhörner Weg 21, 26446 Friedeburg-Horsten. V.i.S.d.P: Arne Harms. www.bi-lebensqualität.de

Drei Landratskandidaten und 15 Antworten

SPD

Holger Heymann

CDU

Hendrik Schultz

Parteilos

Erwin Braun

1. ***Sind Sie der Auffassung, dass die Kavernen in der Gemeinde Friedeburg und die möglicherweise noch geplanten Kavernen letztlich zu einer ökologischen Katastrophe (Zerstörung der Landschaft, Boden-absenkungen und Umsiedlung der Bevölkerung) führen werden?***

1. Nein, eine ökologische Katastrophe befürchte ich nicht. Die Gefahrensituation wird von allen beteiligten Akteuren ständig neu bewertet. Ich erwarte von den Verantwortlichen insbesondere ein transparentes Handeln verbunden mit einer Offenlegung aller für die Region relevanter Fakten. Nur im offenen Dialog mit den Bürgern und dem ernsthaften Umgang mit deren Sorgen und Ängsten kann der Kavernenbetreiber langfristige Akzeptanz erwarten.

1. Wenn sich der Ausbau der Kavernen an die geltenden und künftigen Vorschriften hält und alle erdenklichen Maßnahmen von öffentlicher und industrieller Seite zur Vermeidung ergriffen werden, sehe ich keine ökologische Katastrophe. Fest steht, dass die eintretenden Bodensenkungen zu Veränderungen in Gewässern und Grundwasserflurabständen führen, was sich unmittelbar auf den Bodenwasserhaushalt auswirkt. Diesen Veränderungen trägt man mit jährlichen Geländevermessungen zur Erfassung der Senkungs- und Bodenbewegungswerte Rechnung und mit entsprechenden Gegenmaßnahmen auf der Basis dieser Werte. Die Gewässeraufsicht des Landkreises überwacht den Betrieb, so dass eine mögliche Grundwasser- und Gewässergefährdung rechtzeitig erkannt und beseitigt werden kann.

1. Diese Frage muss mit einem klaren Ja beantwortet werden. Der Ausbau hat langfristig massive Auswirkungen auf die Landschaft, Gesundheit und das Eigentum der Bürger. Schadstoffe werden durch Regenfälle ausgeschwemmt. Der Boden wird sich langfristig absenken.

2. Zurzeit werden durch die IVG (derzeit firmierend unter Storag Etzel) 75 Kavernen betrieben, bzw. befinden sich in der Erstellung. Der aktuell noch bis 2017 gültige Rahmenbetriebsplan lässt für die IVG eine Option auf 99 (ursprünglich 144) Kavernen zu, welche explizit einzeln durch einen Sonderbetriebsplan zu genehmigen wären. Setzen Sie sich dafür ein, dass der im Jahr 2017 neu zu genehmigende Rahmenbetriebsplan nicht mehr als die bisher erstellten 75 Kavernen zulässt?

2. Die Kreis und Land haben beschlossen, dass nicht mehr als 99 Kavernen vorhanden sein dürfen. Als Landrat werde ich diese Leitentscheidung für die entsprechende Kavernenanzahl so transparent wie möglich mit den Entscheidungsträgern der Kommune, dem Kreistag und gerne auch unter Berücksichtigung der Argumente der BI bewerten. Letztlich sollte dieses Thema auch unter Berücksichtigung der neu erstellten Senkungsprognose diskutiert werden. Maßgeblich wird hierbei die auf dieser Senkungsprognose basierende Auswirkungsprognose sein, die ja im nächsten Jahr vom Betreiber vorzulegen ist.

2. Die Optierung weiterer 24 Kavernen ist bereits mit Voransprüchen versehen. Daher würde ich hier die Grenze ziehen, wobei jedoch feststeht, dass der Landkreis Wittmund nicht zuständig ist.

2. Die Region hat beim Kavernenausbau genug getan und darf nicht zusätzlich durch weiteren Ausbau belastet werden. Die Konzentration von Anlagen auf eine Region ist schädlich. Viele Berufspolitiker scheinen jedoch vornehmlich wirtschaftliche Interessen zu vertreten. Gefahren durch den übermäßigen Ausbau werden verharmlost und ausgeblendet und berechtigte Einwendungen Betroffener ignoriert. Zum Schutz von Gesundheit, Eigentum und der Natur werde ich mich gegen den weiteren Ausbau einsetzen und hoffe, die hierfür erforderliche Mehrheit zu bekommen.

3. Die IVG ist durch das Landesbergamt lediglich dazu verpflichtet worden, die zu erwartenden Rückbaukosten für die obertägigen Anlagen insolvenzsicher zu hinterlegen. Sind Sie der Auffassung, dass auch die Ewigkeitskosten (Wasserhaltungsmaßnahmen, Schäden an Infrastruktur und Immobilien) durch die IVG insolvenzsicher zu hinterlegen sind?

3. Die handelnden Akteure sind verpflichtet, sich an die gesetzlichen Vorgaben zu halten. Als Landrat werde ich akribisch prüfen lassen, ob alle gesetzlichen und zugesagten Rücklagen dann auch entsprechend vorhanden sind.

3. Ja, angesichts der auftretenden Kostentragungsprobleme bei dem Rückbau der Atomanlagen (vgl. Klagen EON/RWE) sollte sichergestellt werden, dass die Ewigkeitskosten für die gesamten Anlagen insolvenzsicher hinterlegt werden, damit nicht die öffentliche Hand am Ende die Kosten tragen muss.

3. Die starke Verflechtung von Politik und Wirtschaft führt zu solchen die Ewigkeitskosten ausschließenden Regelungen. Gewinne werden auf eine kleine Anzahl von Profiteuren verteilt. Die Ewigkeitskosten darf die Allgemeinheit und unsere nachfolgende Generation tragen (Kavernen/Atomkraft). Dass dies nicht richtig sein kann, liegt auf der Hand.

4. Die IVG hat durch das BGR eine Absenkungsprognose und durch die Firma IfG Leipzig eine Expertise zur Kavernenendverwahrung vorlegen lassen. Hierzu liegt seitens der BI ein konträres Gutachten des Geologen Dr. Ralf Krupp zu beiden Thematiken vor: Würden Sie sich dafür einsetzen, dass zu diesen Themen ein unabhängiges Gutachten einer technischen Universität (mit Ausnahme von Clausthal-Zellerfeld wg. der Nähe zum LBEG)) eingeholt wird?

4. Die von der BGR erstellte Senkungsprognose liegt noch nicht schriftlich vor, erste Ergebnisse waren ja auch Gegenstand der Frühjahrssitzung des Kavernenbeirats. Es bleibt abzuwarten, zu welchen Ergebnissen die Prognose kommt und entscheidend sind sicherlich die darauf beruhenden Auswirkungsbetrachtungen. Dies gilt auch für die Verwahrung der Kavernen. Unabhängige Gutachten sind immer sinnvoll und neue Argumente stärken die Diskussion. Es bleibt abzuwarten, ob die aktuelle Senkungsprognose unsere Erwartungen erfüllt und wir alle anstehenden Fragestellungen zufriedenstellend beantworten können.

4. In Anbetracht der Größenordnung des Vorhabens und der gegebenen Verunsicherung in der Bevölkerung würde ich mich für ein unabhängiges Gutachten einsetzen. Die Kostenfrage müsste allerdings geklärt werden. Diese Kosten könnten auch in die Maßnahmen zur Minimierung der sicher zu erwartenden Veränderungen (siehe Frage 1) eingesetzt werden.

4. Meine Tätigkeit beim Landgericht Heilbronn lehrte mich, dass Gutachten der betroffenen Parteien zwar als Anhaltspunkte herangezogen werden können. Um die Gefahren und langfristigen Folgen richtig abschätzen und sich eine objektive Meinung bilden zu können, sind jedoch unabhängige Gutachten von zentraler Bedeutung. Dies trifft besonders dann zu, wenn man selbst nicht über das erforderliche Fachwissen bei sehr speziellen Themen verfügt.

5. Was werden Sie unternehmen, wenn es durch den Kavernenbetrieb zu öffentlichen und privaten Schäden kommt? Und was werden Sie tun, wenn sich geschädigte Bürger dann an Sie wenden?

5. Dafür spielen die rechtlichen Grundlagen eine wesentliche Rolle. Ich werde aber gerne bereitstehen, um Detailfragen zu erörtern.

5. Ich würde mich für Ihre Belange selbstverständlich einsetzen! Für die Kavernen gilt das Bundesbergrecht §§114 f. BBergR, was den Schadensersatz für Bergschäden regelt.

5. Öffentliche Hand und Private haben gleiche Schwierigkeiten bei der Beweislast und müssen den Schaden einklagen. Der Landkreis kann durch Weitergabe vorhandener Informationen helfen.

Ich engagiere mich bei der Bürgerinitiative....

Ich heiße Monika Oldenettel, arbeite als Lehrerin in WHV und wohne in Horsten. Aus reinem Interesse habe ich vor über einem Jahr eine Vorstandssitzung der BI besucht und bin seitdem regelmäßig dabei.

Ich wollte Zusammenhänge besser verstehen und mir eine fundierte Meinung bilden können. Unsere Vorstandsmitglieder sind immer so nah dran an allen wichtigen Fragen und Sorgen rund um die IVG-Aktivitäten. Ich empfinde die Gespräche dort als sehr bereichernd. Mir ist klar geworden, wie wichtig es ist, genau zu beobachten, zu hinterfragen und zu informieren, um rechtzeitig Lärm schlagen zu können, wenn Interessen gewinnorientierter Firmen gegen die Interessen der Menschen in der Region zu laufen scheinen oder schlichtweg übersehen werden. Der Vorstand unserer BI nimmt seine Aufgabe sehr ernst und ist durch die Erfahrungen aus der bisherigen Arbeit zu einer kompetenten Instanz geworden.

Ich kann nur jedem empfehlen, der auch nach wie vor mit Argwohn verfolgt, was da vor unserer Haustür vor sich geht, zu den Vorstandssitzungen und anderen Treffen der BI zu kommen. Einfach nur, um sich eine eigene Meinung zu bilden oder mit neuen Gedanken und Impulsen die Arbeit zu bereichern.

Ich heiße Reinhard Wagner. Ich habe u.a. international in der Pipeline-Verlegung als Sales- und Service-Ingenieur gearbeitet und habe mit meiner Frau, Tochter und meinen Enkeln die Gemeinde Friedeburg als neue Heimat gewählt. Wir fühlen uns hier in Ostfriesland sehr wohl und ich möchte, dass diese Region auch für die nachfolgenden Generationen erhalten bleibt. Ich möchte, dass wir Bürger offen und ehrlich von der Storag Etzel (vormals IVG) und dem Landesbergamt über besondere Vorkommnisse informiert werden, damit wir nicht eines Tages unvorbereitet in ein tiefes Loch fallen. Nachdem ich eine Veranstaltung der BI besucht hatte, wurde mir klar, dass ich mich mit meinem Fachwissen sehr gut in die Arbeit und Aktionen der BI einbringen kann.

Ein Schelm, der Böses dabei denkt ?

Elisabeth Prill

Auf der Kavernenbeiratssitzung am 17. Juni zitierte Dr. Krupp eine Aussage von Dr. Minkley, die dieser auf der Tagung der SMRI (Internationale Interessenverstretung der Salzkavernenindustrie) 2014 in Groningen geäußert habe: Da die Dichte der Sole niedriger ist als die des Salzgesteins, wird dies unweigerlich zu einer Situation führen, in der der Innendruck im Dachbereich der Kaverne den lithostatischen Außendruck in der gleichen Höhe übersteigen wird. Aufgrund dieses Überdrucks könnte es im Endzustand zu einer makroskopischen Fraktur kommen, weshalb dieser Effekt näher untersucht werden muss.
In seinem Vortrag behauptete Dr. Minkley jedoch genau das Gegenteil, nämlich, dass es zu keinem Aufbrechen der Kaverne im Dachbereich kommen kann, weil die Konvergenz (das Kriechverhalten) des Salzstocks quasi zum Stillstand kommt, wenn der Innendruck im Dachbereich der Kaverne zu 90% dem Außendruck des umgebenden Gebirges in diesem Bereich entspricht. Auch die Entstehung weiterer Bodenabsenkungen sei somit völlig auszuschließen.

Das war der interessanteste Satz der gesamten Sitzung. Wie kann ein Vertreter der internationalen Wissenschaft, wie Herr Schweinsberg Dr. Minkley bezeichnete, auf zwei verschiedenen Veranstaltungen mit gleichem Themeninhalt gegensätzliche Aussagen machen? Herr Schweinsberg war bei der Tagung ebenfalls dabei. Dr. Minkley's Auftritt in der Kavernenbeiratssitzung wurde übrigens von der IVG bezahlt. Ein Schelm, der Böses dabei denkt ?

Beitrittserklärung

Bürgerinitiative Lebensqualität Horsten-Etzel-Marx e.V.

Herr / Frau / Familie / Firma

Name/Firma: _____ Vorname:_____

Bei Familienmitgliedschaft: Vornamen der weiteren Familienmitglieder, um die Zahl der Vereinsmitglieder ermitteln zu können:

_____ _____ _____

Geburtsdatum: _____ Straße, Hausnr.: _____ PLZ, Wohnort: _____

Telefon-Nr.: _____/ _____ Email-Adresse: _____

Hiermit erkläre(n) ich/wir den Beitritt zur Bürgerinitiative BI-Lebensqualität Etzel / Horsten / Marx e.V.“

Als Monatsbeitrag möchte(n) ich/wir _____ EURO zahlen. Der Mindest-Mitgliedsbeitrag pro Monat beträgt für Einzelmitglieder 2,50 Euro für Familienmitgliedschaft 3.00 Euro. Die Zahlung erfolgt bei Eintritt, danach jährlich zum 1. Januar. Eine Kündigung der Mitgliedschaft kann fristgerecht zum Jahresende erfolgen.

_____, den _____ Unterschrift_____

Zahlungsalternativen: Überweisung auf das Konto der BI-Lebensqualität Horsten/Etzel/Marx e. V., Verwendungszweck: Beitrag + Name, Konto 31 00 278 00 bei der Raiffeisen-Volksbank Horsten - BLZ 285 622 97 oder durch Einzugsermächtigung:

Ich erkläre mich bis auf Widerruf damit einverstanden, dass die BI-Lebensqualität Horsten-Etzel-Marx e. V.“ den zu zahlenden Betrag durch Bankeinzug abbucht.

IBAN /BIC: _____

Datum: _____ Unterschrift:: _____